

SOZIOLOGIE

Aus dem Inhalt

- Klaus Kraemer
Was kann die Soziologie im Schockzustand einer Krise leisten?
- Jörg Strübing
Für das Leben lernen
- Friedhelm Neidhardt
Zugutachtere
- Jörg Potthast
Unter Beobachtung an der Relationierung arbeiten
- Andreas Diekmann
Neuorientierung der Methoden-Ausbildung

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 1 • 2023

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Dirk Baecker (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Redaktion: Prof. Dr. Sylke Nissen und Dipl. Pol. Karin Lange, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, D-04107 Leipzig, Tel.: 0341/97 35 648,

E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de (Redaktion) oder dirk.baecker@zu.de (Dirk Baecker)

Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Paula-Irene Villa Braslavsky, Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Soziologie, Konradstraße 6, D-80801 München

E-Mail: paula.villa@lmu.de, Tel.: 089/2180 2441

Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Marcel Siepmann (Leitung), DGS c/o Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Goethestraße 31, D-45128 Essen, E-Mail: marcel.siepmann@kwi-nrw.de,

Tel.: 0201/1838 138, Fax: 0201/1838 232

Schatzmeisterin der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

PD Dr. Heike Delitz, Universität Bamberg, Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Feldkirchenstraße 21, D-96052 Bamberg

E-Mail: heike.delitz@uni-bamberg.de

Aufnahmeanträge für die DGS-Mitgliedschaft und weitere Informationen unter www.sozioologie.de

Die Zeitschrift SOZIOLOGIE erscheint viermal im Jahr zu Beginn eines Quartals.

Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der SOZIOLOGIE werden über EBSCOhost Information Services sowie in den Bibliographien von De Gruyter: IBZ und IBR erfasst.

Campus Verlag GmbH, Kurfürstenstraße 49, D-60486 Frankfurt am Main, www.campus.de

Geschäftsführung: Marianne Rübelmann

Programmleitung: Dr. Judith Wilke-Pärmavesi

Anzeigenbetreuung: Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154,

D-69441 Weinheim, Tel.: 06201/6007-386, E-Mail: anzeigen@beltz.de

Fragen zum Abonnement und Einzelheftbestellungen: Beltz Medien-Service, Postfach 100565,

D-69445 Weinheim, Tel.: 06201/6007-330, E-Mail: medienservice@beltz.de

Bezugsmöglichkeiten für Nichtmitglieder der DGS:

Jahresabonnement privat 78 €, Studierende / Emeriti 35 €

Jahresabonnement Bibliotheken / Institutionen 118 € print / 177 € digital (nach FTE-Staffel)

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2023

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe GmbH ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-1001).

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial	5
-----------------	---

Soziologie in der Öffentlichkeit

Klaus Kraemer

Was kann die Soziologie im Schockzustand einer Krise leisten?	7
---	---

Forschen, Lehren, Lernen

Jörg Strübing

Für das Leben lernen	26
----------------------------	----

Friedhelm Neidhardt

Zugutachtereie	36
----------------------	----

Jörg Potthast

Unter Beobachtung an der Relationierung arbeiten	50
--	----

Andreas Diekmann

Neuorientierung der Methoden-Ausbildung	68
---	----

DGS-Nachrichten

Satzung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)	72
---	----

Ausführungsbestimmungen »Stärkung der Sektionen«	80
--	----

Ausführungsbestimmungen »Nominierungsverfahren«	81
---	----

Beschlüsse des Konzils vom 13. Mai 2022	85
---	----

Aus dem DGS-Vorstand	89
----------------------------	----

Preise der DGS für herausragende Abschlussarbeiten

Julian Heide

Polarisierung von den Rändern denken	91
--	----

Patricia Thomas

Im Zweifel für die Freiheit?	100
------------------------------------	-----

Veränderungen in der Mitgliedschaft	108
---	-----

Nachrichten aus der Soziologie

Bernhard Schäfers	
In memoriam Ulfert Herlyn	111
Betina Hollstein	
In memoriam Yvonne Schütze	116
ASI-Nachwuchspreis 2023	120
Habilitationen	121
Call for Papers	122
Diversity and Difference – Studies in Subjectivation	
Tagungen	125
Herausforderungen für eine neue Wohnungs- politik • Current Perspectives on Spatial Mobilities	
Autorinnen und Autoren	129
Abstracts	130

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Gespenst geht um in der Soziologie, das Gespenst einer *relationalen* Soziologie. Auf dem Soziologiekongress in Bielefeld sah man es über den Noppenboden schleichen. Der Bücherstand von Suhrkamp war der letzte, der am Freitagnachmittag abgebaut wurde, aber auch dort wurde man seiner nicht habhaft. Was hat es mit diesem Gespenst auf sich? Viele halten es für eine Neuerfindung der Soziologie mit den Mitteln der Soziologie, eine tautologisch-pleonastische Bekräftigung dessen, was die Soziologie immer schon war. Kann man sich, um nur *einen* Gründungsakt zu nennen, Auguste Comtes Unterscheidung zwischen Statik und Dynamik, die Adorno nicht mochte, ohne ein Grundverständnis von Relationen vorstellen? Immerhin ging es bei Comte um den Hinweis, dass jeder soziale Sachverhalt zugleich auf zwei Achsen zu denken sei, einmal als Differenz zu gegenwärtig mitlaufenden *anderen* Sachverhalten und einmal als Differenz zu früheren und späteren Versionen *desselben* Sachverhalts. Die Statik war eine der Ausdifferenzierung, die Dynamik eine der Entwicklung (oder der Stagnation). Beide sind ohne Relationen zum Anderen, Früheren und Späteren nicht zu denken. Bemerkenswert ist allenfalls, dass neben der Sachdimension und der Zeitdimension aller sozialen Sachverhalte die Sozialdimension keine explizite Erwähnung findet. Wurde die Soziologie ohne eine Berücksichtigung *sozialer* Relationen erfunden? Geht es darum?

Wie man hört, will die relationale Soziologie den Unterschied zwischen Akteur und Struktur unterlaufen, also aus jener Sackgasse heraushelfen, in die sich eine Soziologie manövriert hat, die nicht weiß, wie Intentionen und Motive auf der einen Seite zu Verhältnissen auf der anderen Seite in eine Beziehung zu setzen sind. Man denke an Colemans Badewanne. Die relationale Soziologie wendet ein, dass es sich bei Relationen um Phänomene handelt, die weder das eine, Akteur, noch das andere, Struktur, sind. Schlimmer noch, jetzt wird es gespenstisch, sie sind beides zugleich. Relationen besitzen eine eigene *agency* im Verhältnis zu Akteuren und sind damit der Stoff, aus dem die Verhältnisse bestehen, als jederzeit »ausgehandelte« und neu »auszuhandelnde« Verhältnisse. Verhandlung klingt gut.

Spooky. Kann man nicht einen Schritt weitergehen und unter Berufung auf Simmels Begriff der Wechselwirkung *jeden* soziologischen Grundbegriff

als Relation rekonstruieren? Ein Akteur ist die Relation einer Intention oder eines Motivs auf eine Situation? Eine Struktur ist die Relation von mindestens zwei Determinanten einer Situation zueinander? Eine Rolle ist die Relation von Verhaltenserwartung und personaler Darstellung? Eine Norm ist die Relation von Verhaltenserwartung, Wahrscheinlichkeit der Abweichung und Sanktionspotential? Und so weiter. Ein Feld ist eine Relation zwischen einer Kraft und weiteren Kräften? Ein System ist eine Relation zwischen Operation und Rekursion? Ein Netzwerk ist eine Relation zwischen Positionen und Äquivalenzen? Das Gespenst kommt richtig in Fahrt.

Was hätte man von solchen Reformulierungen? Sicherlich mehr begriffliche Beweglichkeit. Aber mir scheint außerdem, dass man mit diesem Verständnis von Relation der Methodendebatte in der Soziologie zuarbeiten könnte, die wir mit dem vorliegenden Heft und einem Aufruf von Andreas Dickmann wieder aufnehmen. Wenn es stimmt, was Stephan Moebius und Oliver Römer in einem Beitrag über die »wilden siebziger Jahre« und ihre »gegnerischen Soziologien« in der *Zeitschrift für Soziologie* jüngst beschrieben haben, leidet die Soziologie weniger unter einem Theoriedefizit als vielmehr an einem Methodendefizit. Theorien großen Stils und mittlerer Reichweite gibt's genug, auch wenn sie nicht facheinheitlich zu haben sind. Aber worauf es ankäme, wäre die Entwicklung von Methoden, die auf nichts anderes achten als auf Relationen, Beziehungen; diese jedoch quantitativ und qualitativ zu differenzieren wissen. Häufigkeiten und Frequenzen, Typen und Funktionen, Entstehung und Zerfall, wäre damit nicht für jede Art von Soziologie ein Boden gefunden, auf dem sie bauen kann?

Statistische und hermeneutische Methoden hätten in Relationen ihren Konvergenzpunkt. Was stellt womit auf welche Art eine Beziehung her? Woraus, aus welchem Material, besteht diese Beziehung? Welche Rollen spielen für wen das Reale, das Symbolische und das Imaginäre? Unter welchen Bedingungen hält diese Beziehung wie lange beziehungsweise kann wie und von wem wieder aufgelöst werden?

Ich gebe zu, dass meine Eindrücke vom Kongress in Bielefeld an diesen Fragen nicht ganz unschuldig sind. Es gibt sie, die soziologische Fragestellung, aber kaum jemand ist streng genug, sich an sie zu halten.

Mit herzlichen Grüßen
Dirk Baecker

Was kann die Soziologie im Schockzustand einer Krise leisten?

Eine Entgegnung auf Heinz Bude

Klaus Kraemer

Kürzlich hat Heinz Bude in der SOZIOLOGIE über seine Erfahrungen »aus dem Maschinenraum« der Beratung während der SARS-CoV-2-Pandemie berichtet, die er zunächst im März 2020 in einem informellen Beratungsgremium des Bundesinnenministeriums und sodann als Co-Autor der No-CoVid-Initiative gemacht habe (Bude 2022). Zum Hintergrund sei erwähnt, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 2. April 2020 über ein geleaktes¹ internes Strategiepapier des Bundesinnenministeriums: »Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen« berichtete, das vor einem dramatischen Katastrophenszenario mit mehr als einer Million Toten allein in Deutschland im ersten Jahr der Pandemie warnte, wenn nicht umgehend rigorose staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergriffen werden würden (FAZ 2020). Um die »gewünschte Schockwirkung« (BMI 2020: 13) in der Bevölkerung zu erzielen, ist in diesem Strategiepapier empfohlen worden, die Bedrohung in möglichst drastischen Bildern auszumalen. Beispielsweise liest man: »Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Ersticken oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen eine Urangst.« (ebd.) Der Behauptung, dass Kinder kaum betroffen seien, müsse, so ist im Strategiepapier formuliert worden, entschlossen entgegengetreten werden: »Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon

¹ Die Version des Strategiepapiers, aus der hier zitiert wird, wurde nach Recherchen des Projektes FragDenStaat auf der Webseite von abgeordnetenwatch.de publiziert.

qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld daran zu sein, weil sie z.B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.« (ebd.) Die No-Covid-Initiative, eine interdisziplinär zusammengesetzte zivilgesellschaftliche Autorengruppe von 14 deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, trat dann im Laufe der zweiten Coronawelle mit Vorschlägen zur Bildung »roter« und »grüner Zonen« in Deutschland und Europa an die Öffentlichkeit.² Die leitende Idee beruhte darauf, das Infektionsgeschehen einzudämmen und Infektionsketten zu »kontrollieren«, indem »drastische«³ Beschränkungen der räumlichen Mobilität und des Alltagslebens in »roten Zonen« dazu beitragen sollten, »grüne Zonen« zu schützen.

Die Feldforschungsreisen, die ich im November 2020 und Januar 2021 nach Stockholm und im April 2021 nach Göteborg unternommen habe, wirkten angesichts solcher Vorschläge wie Reisen in eine andere, fast schon unwirklich anmutende Welt, in der die staatlichen Behörden nicht nur auf dramatische, an die Öffentlichkeit gerichtete Appelle verzichteten, sondern vor allem auch auf Lockdowns und Ausgangssperren, Schulschließungen (für Schüler unter 16 Jahren) und Gewerbeverbote sowie im weiteren Verlauf der Pandemie ebenso auf anlasslose Massentestungen oder restriktive Zugangskontrollen zu öffentlichen Räumen (»2G«). Maskenempfehlungen wurden nur sehr selektiv und zeitlich äußerst eng befristet ausgesprochen, nie jedoch eine obligatorische, sanktionsbewehrte Maskenpflicht verfügt. Während der zweiten Welle erließen die regionalen Gesundheitsbehörden einige Maßnahmen,⁴ die im Vergleich zu Deutschland allerdings äußerst moderat ausfielen.⁵ Im November 2020 interviewte ich Expats der Stockholmer Universität. Sie berichteten mir unisono, dass sie die Pandemie in Schweden als einschneidende Erfahrung erleben würden, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Vor Jahren hätten sie sich ganz bewusst für Stockholm als »kosmopolitischen« Arbeits- und Lebensort entschieden. Nun

2 Siehe die No-Covid Webseite <https://nocovid-europe.eu/index.html>.

3 <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/121055/No-COVID-Initiative-Konzept-fuer-gruene-Zonen>.

4 Zum Beispiel die Acht- beziehungsweise Vier-Personen-Tischregel in der Gastronomie.

5 Vgl. etwa University of Oxford, Global Change Data Lab (2022) zu »Policy Responses to the Coronavirus Pandemic«: Government Stringency Index, School and Workplace Closures, Stay-at-Home Restrictions, Face Coverings.

würden sie sich nicht trauen, einen Mund-Nasenschutz in der Stockholmer U-Bahn zu tragen, da sie nicht als »Ausländer« erkannt werden möchten.⁶

Wie konnte das sein? War Schweden eine andere Welt, in der, so die veröffentlichte Meinung in Deutschland und anderswo, die staatlichen Behörden in fahrlässiger und »unverantwortlicher« Weise auf die globale Pandemie reagieren würden? Der Kontrast hätte kaum größer ausfallen können. Auf meinem Flug von Wien nach Stockholm im November 2020 wurde die korrekte Einhaltung der Maskenpflicht akribisch kontrolliert. Angekommen am Stockholmer Flughafen fielen die Masken der Reisenden, sobald sie das unmaskierte schwedische Sicherheitspersonal passiert hatten. In Stockholm traf ich eine skandinavische Metropolenregion an, deren nationale Gesundheitsbehörde auf paternalistischen Alarmismus gänzlich und auch auf restriktive nicht-pharmazeutische Top-down-Maßnahmen vollständig verzichtete, stattdessen einige Empfehlungen aussprach (*stay in your social bubble*) und ansonsten den sogenannten schwedischen Sonderweg damit begründete, nicht die Balance zwischen dem Schutz vor SARS-CoV-2-Infektionen und den unerwünschten Folgewirkungen von Eindämmungsmaßnahmen aus den Augen zu verlieren. Konkret bedeutete dies, dass im gesamten Verlauf der Pandemie Kinder und Jugendliche von allen staatlichen Empfehlungen und Maßnahmen unbehelligt blieben.

Nach anfänglichem Zögern wiesen die Reaktionsmuster der politischen Entscheidungsträger in Deutschland in eine völlig andere Richtung. Es erübrigt sich, den Katalog der ergriffenen Maßnahmen nochmals in Erinnerung zu rufen, mit dem das pandemische Geschehen »kontrolliert« und »in den Griff« gebracht werden sollte. Ich möchte allerdings drei Beispiele herausgreifen und illustrieren, zu welchen überschießenden Reaktionen die Idee des »in den Griff bekommen« (Bude 2022: 254) führte. Im Frühjahr 2021 erklärte das Ordnungsamt der Stadt Düsseldorf ein sanktionsbewehrtes »Verweilverbot« auf Parkbänken am unüberdachten Rheinufer zur »neuen Normalität«. Einer ähnlichen Kontrollidee folgend sperrten lokale Ordnungsbehörden im Hochsauerland bereits im Januar 2021 die Parkplätze bekannter Rodelwiesen rund um Winterberg weiträumig ab und ermahnten obendrein Eltern mit ihren Kindern unter Androhung von Bußgeldern, auf der Rodelwiese einen Mund-Nasen-Schutz verpflichtend zu tragen. Und in

6 Zur Frage der unterschiedlichen Mortalitätsraten berichtete das Deutsche Ärzteblatt am 19. Mai 2022 über eine »vergleichbare Übersterblichkeit« in Deutschland und Schweden in den Jahren 2020 und 2021. Vgl. dort auch die knappen Hinweise zu Daten- und Berechnungsproblemen (o. A. 2022).

Hamburg verfügten die städtischen Behörden, dass selbst Jogger im Freien an der Alster die Maskenpflicht zu befolgen hätten. Die Liste derartiger Maßnahmen – von Ausgangssperren bis hin zur »Osterruhe« 2021 – ließe sich fast schon beliebig verlängern. Es wäre abwegig, auf der Grundlage unsystematischer Alltagsbeobachtungen das staatliche Pandemiemanagement in Deutschland mit Schweden oder etwa der Schweiz zu vergleichen und etwaige nationale Sonderbedingungen zu identifizieren, die sicherlich auch mit unterschiedlichen politisch-institutionellen Ordnungen und den jeweiligen Varianten der politischen Kultur zu tun haben. Das Problem besteht eher darin, dass ein systematischer Vergleich des epidemiologischen Erfolgs oder Misserfolgs des jeweiligen Pandemiemanagements an der unzureichenden Verfügbarkeit von validen Daten scheitern würde (vgl. etwa Glasziou, Michie, Fretheim 2021; Bendavid et al. 2021; Talic et al. 2021). In Deutschland hat der Sachverständigenausschuss (2022) des Bundesministeriums für Gesundheit in der Sache unmissverständlich festgestellt, dass eine evidenzbasierte Analyse des deutschen Maßnahmenmanagements mangels einer soliden Datenlage nicht möglich sei. Und selbst dann, wenn auf der Grundlage valider Daten eine vergleichende Analyse möglich gewesen wäre, hängt eine Bewertung des Erfolgs oder Misserfolgs nationaler Elimination- und Mitigation-Strategien immer auch von wissenschaftlich nicht begründbaren Werturteilen ab, also etwa davon, in welchem Verhältnis die erhofften positiven Effekte der ergriffenen Pandemiemaßnahmen zu unerwünschten Maßnahmenfolgen gesehen werden.⁷ Und natürlich wird jede Bewertung auch dadurch beeinflusst, ob unerwünschte Maßnahmenfolgen überhaupt erkannt und bilanziert oder stillschweigend ignoriert werden. Sieht man von solchen, durchaus erheblichen Bewertungsproblemen ab, also einerseits von der unzureichenden Datenverfügbarkeit und andererseits davon, dass immer, gerade auch in Pandemiezeiten, normative Abwägungen vorgenommen und politische Urteile gefällt werden, dann könnte man die staatlichen Eindämmungsmaßnahmen mitsamt der begleitenden politisch-medialen Krisenkommunikation auch soziologisch untersuchen. An anderer Stelle habe

7 Gesundheitsschutz versus Kollateralschäden im Schul- und Bildungssystem, allgemeine Gesundheitsversorgung, psychosoziales Wohlergehen nicht-vulnerabler Personen, Auswirkungen auf die Wirtschaft oder benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

ich den Versuch unternommen, die *soziale Logik* der staatlichen Pandemiepolitik – in Deutschland und Österreich – zu rekonstruieren (vgl. Kraemer 2021; 2022).⁸

Im Folgenden möchte ich anlässlich Heinz Budes Reflexionen »aus dem Maschinenraum der Beratung« während der Coronakrise problematisieren, welche Rolle das Fach im »kritischen Moment« (Bourdieu 1988: 254 ff.) einer singulären, ganz und gar außeralltäglichen Krise einnehmen könnte oder aus meiner Sicht auch sollte. Zunächst stimme ich mit Bude überein, dass es sich bei der Coronakrise weder um eine Allerweltskrise noch um eine Krise handelte, die einem zyklisch wiederkehrenden, also durchaus vertrauten Verlaufsmuster folgt. Stattdessen erlebten wir im Frühjahr 2020 eine historisch beispiellose Krise, die Jürgen Habermas pointiert mit den Worten umschrieb: »So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie« (Habermas 2020). In ubiquitärer Weise stellte die Coronakrise eigentlich alle sozialen Gewissheiten zur Disposition, die zuvor unhinterfragt gültig waren, und zwar ganz gleich, ob es sich um alltägliche Face-to-face-Konventionen handelte, um institutionalisierte Praktiken in Organisationen gleich welcher Art oder um die durch demokratische Verfassungsrechte eingehegte staatliche Organisation der sozialen Wirklichkeit. Mit Bude stimme ich überein, dass die Coronakrise die vertraute Wirklichkeit der sozialen Welt buchstäblich aus den Angeln gehoben hat und der durch Lockdowns verordnete Ausnahmezustand zur Revision epistemischer Glaubenssätze führte.⁹ Zudem berichtet Bude, dass man sich im Frühjahr 2020 »in einem Real-Labor« (2022: 247) befunden habe, in dem die kollektive Expertenerwartung allgegenwärtig war, das Virus um jeden Preis einzudämmen. Zu bedenken geben möchte ich allerdings, dass von dieser deutschen »neuen Normalität« der Krisenwahrnehmung weder in Stockholm noch später in Göteborg sonderlich viel zu spüren war. In Kontrast zu Budes Beobachtungen aus dem »Maschinenraum« der deutschen Pandemieberatung könnte der sogenannte schwedische Sonderweg den soziologischen Blick dafür öffnen, dass im

8 Virologisch-mathematische Expertendelegation, Isomorphismus staatlichen Handelns, Legitimation durch Schutzversprechen, Pfadabhängigkeit und Performativität des Pandemiemanagements, Demonstration von staatlicher Handlungsfähigkeit durch Signalpolitik, kollektive Dissoziation und strategische Ignoranz staatlicher Akteure gegenüber Kollateralschäden, Kollektivmoral der Befürchtungsgemeinschaft als kultureller Treiber des Entscheidungsprozesses.

9 Zum Beispiel statt »schwarzer Null« faktische indirekte monetäre Staatsfinanzierung der Corona-Rettungsschirme durch die Europäische Zentralbank, siehe hierzu das Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP, vgl. ECB (2020).

Frühjahr 2020 die uns allen bestens vertraute soziale Welt in Deutschland mitsamt ihren bewährten sozialen Institutionen nicht wegen des Virus, sondern aufgrund der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und einer begleitenden medialen Krisenperzeption – temporär – aus den Angeln gehoben worden ist.

Bereits mit dem Ausbruch der Pandemie drängte sich die Frage auf, ob die Soziologie im Schockmoment einer so fundamentalen Krise in der Lage ist, die fast schon mechanisch ablaufenden Krisenreaktionsmuster in Medien und Politik, Wirtschaft und Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft soziologisch nüchtern zu beschreiben, ohne in den Strudel einer auch emotional aufgeheizten, von katastrophischen Angstsszenarien (»Killervirus«) und alternativlosen Handlungsszenarien (»Lockdowns retten Leben«) getriebenen, politisch-medialen Öffentlichkeit zu geraten, die sich im Ausnahmezustand einer »Jahrhundertkatastrophe« (Angela Merkel) dazu berufen fühlte, die sonst üblichen Standards einer liberalen, offenen Gesellschaft unter den Generalverdacht der »Lebensgefährdung« zu stellen. Seit Max Webers Wissenschaftslehre verfügt das Fach über ein solides methodologisches Handwerkzeug, um zwischen der Rolle eines engagierten, an öffentlicher Wirksamkeit orientierten, wertgeleiteten *Experten* einerseits und der eines distanzierten sozialwissenschaftlichen *Beobachters* andererseits unterscheiden zu können. Es stellt sich allerdings die Frage, ob dieses methodologische Rüstzeug der Sozialwissenschaften wetterfest genug ist, um auf dem emotionalen Höhepunkt einer fundamentalen Krise den kollektiv geteilten Erwartungen in Politik und Massenmedien zu trotzen, denen man, so meine Eindrücke vom Frühjahr 2020, im buchstäblich eingefrorenen Schockmoment *sozial* nur um die Gefahr eines Reputationsverlusts hätte ausweichen können. Mit den methodischen und theoretischen Werkzeugen der Soziologie verbietet sich jeder historische Vergleich von singulären Ereignissen. Trotz alledem gehört es zum bewährten Standardrepertoire des Faches, eine gewisse Ähnlichkeit von sozialen Musterbildungen auch zwischen historisch ansonsten unvergleichbaren Epochen herauszuarbeiten. Deswegen erlaube ich mir, eine fast schon bissig-lakonische Bemerkung von Emil Lederer in Erinnerung zu rufen. Lederer schrieb im Januar 1915 im Vorwort seines Aufsatzes »Zur Soziologie des Weltkriegs«, dass mit der Julikrise von 1914 die »kühle Objektivität« des »Häuflein[s] selbst der von Beruf »Unparteiischen« – gemeint sind die Sozialwissenschaftler – »in allen Ländern in ein Nichts« zusammengeschrumpft sei (Lederer 2014: 102). Und er bemerkt weiter, dass sich gerade auch Intellektuelle der nationalen Gesinnungsgemeinschaft mit